

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Abonnementpreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Köpenickerstraße 4. • • • Telefonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • • •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nie von einem Ganzen werden ••••• Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an •••••

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserate: Die 3spaltige Zeile für Geschäftsleute 100 Mark, im Arbeitsmarkt 60 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

Die erste Auflage von 75000 Stück.

Mit dieser Nummer erreicht unser Verbandsorgan, „Die Ameise“, eine Auflage von über 75 000 Stück. Von werden 74 700 an die Zahlstellen für die Mitglieder versandt, über 300 werden den Postabonnenten bestellt und über 200 benötigen wir zum Austausch mit anderen Blättern und für Freilegemulare an Behörden und sonstige Stellen. Die Zahlen geben den höchsten herrlichen Stand an. Er bedeutet gleichzeitig einen sehr deutlichen Beweis für die stetige Aufwärtsentwicklung unserer Organisation und kann unsere Anhänger mit Stolz erfüllen, deren Zahl die 74 000 überschritten haben dürfte. Es geht also rüstig vorwärts. Die Mitglieder können diesen Anlaß dazu benutzen, um den letzten Ungeheueren unserem Verband zuzuführen, damit wir ein festgefühtes Bollwerk innerhalb der feinkeramischen Industrie unseren Einfluß weiterhin geltend machen können. Wir können mit Recht sagen, daß die anderen Arbeitnehmerorganisationen neben uns völlig bedeutungslos sind; denn sie bilden nur winzige Bruchstücke, ohne Rückhalt und ohne Macht.

Die erfreuliche Stärke, die wir nun erreicht haben, darf uns nicht etwa dazu veranlassen, die Hände müßig in den Schoß zu legen. Nach wie vor bleibt uns die schwere Aufgabe, jedes Mitglied zu einem unentwegten Kämpfer für unsere großen Ziele zu machen. Alle, die zu berufen sind, müssen mit dazu beitragen. Zug um Zug muß es vorwärtsgehen. Kritik allein tut es nicht, praktische Arbeit zum Wohle des Ganzen muß geleistet werden. Jeder Vorschlag, der gemacht, jede Kritik, die geübt, jede Handlung, die getan wird, muß dem Gesamtergebn förderlich und nutzbringend sein. Jeder Kollege und jede Kollegin hat sich von diesem Grundsatz leiten zu lassen; denn unser Gegner ist mächtig gerissen und eine geschlossene Einheit. Denkt alle daran! Sein Vorteil liegt nie aus einem Kampf innerhalb unserer eigenen Reihen ergeben. Das wäre die verkehrteste, man muß die verhängnisvolle Taktik einer Organisation, die innerlichen Gegensätze dürfen niemals so ausarten, daß diese geschichtete Grenze überschritten wird. Man muß verschiedenartig diesen letzten Satz ansehen, für die ungewöhnlichen Verhältnisse ist er geeignet, damit läßt sich so manche verhängnisvolle Klippe umschiffen. Ein gerader Weg führt nie zum Sieg und zum Ziel. Bei dieser Gelegenheit muß auch einmal darauf hingewiesen werden, daß „Die Ameise“ noch mehr der Regel des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands werden muß. Es bedarf es noch besserer Mithilfe der Schreibkundigen

aus der Kollegenschaft. Die Redaktion erhält zu wenig Berichte über technische Neuerungen in den Betrieben, über Bilanzen der Aktiengesellschaften, über Neubauten, Vorschläge über günstigere Arbeitsweisen, hygienische Notwendigkeiten, Schilderungen über das soziale und gesellschaftliche Leben und Treiben. Darin muß es besser werden. Unser Blatt bedarf einer Ausgestaltung, die allen Lesern und Lesefrauen etwas bietet. Je leserwerter es wird, desto leichter kann die Aufklärungsarbeit geleistet werden. Wenn es gelingt, den Inhalt anregend zu gestalten und die Gleichgültigen zum Lesen zu bringen, haben wir als Organisation viel gewonnen und unser Erziehungswert im gewerkschaftlichen Sinne zeitigt gute Früchte.

Aber auch von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, besteht für das Lesen der „Ameise“ fast ein zwingender Grund. Wer darf eine Organisationschrift misshandeln, für die aus der Verbandsklasse 45,77 Mt. entrichtet werden müssen? Niemand, muß die Antwort darauf lauten. Die Ausgabe für eine einzige Nummer mit 75 000 Stück beziffert sich auf rund 3 600 000 Mt. Das ist jede Woche eine Summe, die ganz beträchtlich auf der Verbandskasse lastet. Alle Bestellungen der Zahlstellenverwaltungen müssen deshalb genau sein. Kein Stück darf unnütz verthan werden. Außerst sparsam sein!

An eine Beschränkung an Inhalt und Form ist wohl gedacht worden, aber anlässlich der drohenden Gefahr, die durch die Verminderung der Arbeiterpresse und der Verbreiterung des Einflusses der bürgerlichen Presse besteht, wurde davon Abstand genommen. Wir müssen schon das harte Opfer, solange als möglich ist, weiterhin auf uns nehmen in der Gewißheit, daß damit der Arbeiterschaft der feinkeramischen Industrie ein großer Dienst erwiesen wird.

Wir müssen geloben, unsere geistige Waffe im Dienste unserer Sache zu erhalten wie bisher, aber auch alles versuchen, sie noch wirksamer zu gestalten. Wenn uns das gerade in dieser außerordentlich bewegten und ersten Zeit gelingt, können wir getrostem Mutes in die Zukunft sehen. Sind wir aus kleinen Anfängen groß geworden, werden wir auch die Kraft aus uns selbst schöpfen können, unsere Reihen zu läutern und aus jedem Mitglied einen zielbewußten Kämpfer zu machen.

Die edle Tat muß alle befehlen und unser Werk krönen. Alle müssen nach Cäsar Platzhaken handeln, der sagt: „Also, mein Junge, man macht kein Gesicht Und sagt nie mehr, man könne das nicht!“

Der Preisabbau ein Trugbild.

Die durch die Dollarsteigerungen verursachte Preissteigerung in Januar- und Februarwochen hat im März nachgelassen. Dem wilden Laufen wirkt das stille Treiben auf den Märkten ganz eigenartig beklemmend. Die ausgepeitschten Nerven kleineren und großen Spekulantent können diese Stille kaum ertragen, sie liegt wie ein Alb auf ihnen und macht sie unruhig. Ein gleichbleibender Stand des Dollars bringt ja keinen großen Gewinn mehr. Bisher war es für die Drohnen am leichtesten, auf Kosten aller Wertescheffer in Fabriken, Bergwerken, Bureaus und Werkstätten ein flotter, fröhlicher Leben zu führen. Nun hängen sie die Köpfe und beten zu ihrem „Gott“ in allen Variationen, doch der Marktschwäche ein Ende zu machen. Aber noch findet ihr Gebet Gehör, noch halten die künstlich gegen die Spekulationsflut geschichteten Dämme der Regierung stand, noch bleibt die zumengeschrunzene Markt stabil, die in Zürich am 27. März 0,0260-0,0262, in Kopenhagen auf 0,0250-0,0251 stand. Die „Wittler“ machen also noch schlechte Geschäfte. Die Arbeiterschaft wäre heilfroh, wenn ihr Handwerk überhaupt gewaltsam verbunden würde.

Neben den Spekulanten geht es gegenwärtig auch den „kleinen“ Geschäftskleuten nicht gut. Die große Masse der Käufer leidet aus Mangel an Zahlungsmitteln — Löhne- und Gehaltsrückstellungen hinken zu großem Abstand hinter den Preisrückgang her — an Hungerriemen enger schnallen und auf Erwerb selbst wichtiger Nahrungsmittel verzichten. Noch immer kann sie dringend notwendige Gebrauchsgegenstände, Kleidungsstücke kaufen, deshalb sprechen die Handelstreiber in einem Käuferstreich. In Wirklichkeit ist es aber kein Streik, ein Streik ist eine vom Willen der Beteiligten als Zwangsmittel angewendete Handlung, sondern nur der Mangel an Zahlungsmitteln, um Waren kaufen zu können. 90 Proz. aller Lohn- und Gehaltsempfänger sind nicht in der Lage, sich die alltäglichen Lebensmittel vom Einkommen zu leisten, geschweige denn

in anderer Weise den Warenmarkt zu beleben. Alle Lockmittel müssen da versagen. Das Kaufen geht über ihre Kraft.

Allgemein versuchen Händlerkreise, die Kundenschaft zum Kaufen zu bewegen. Sie machen Reklame mit „Gewaltiger Preisabbau“, „Bedeutend herabgesetzte Preise“ usw. Geht man der Sache näher auf den Grund, so bezieht sich der angekündigte Preisabbau gewöhnlich auf einen geringen Teil recht minderwertiger Waren, die einstweilen billig erstanden wurden. Gute Sachen kosten, mit Ausnahme einiger Valutaartikel, wie Margarine, Kakaos und Kaffee, genau das gleiche wie beim Dollarkurs von 40 000-49 000. Fleisch, Eier, Butter, die Produkte einheimischer Erzeugung, ziehen anscheinend aus Gründen der nationalen Einheitsfront wieder sachte im Preise an. Der zur Schau getragene Nationalismus muß den Besitzern von Nr und Palm doch Geld bringen, sonst geht das ganze Vaterlandgefühl wieder flöten. Das arbeitende Volk sollte eigenlich mit seiner Arbeitskraft auch die vaterländische Konjunktur ausnützen. Was würden da die Unternehmer aller Grade sagen? Der erhoffte Preisabbau steht also noch in weiter Ferne. Nicht einmal die Großhandelsindizes lassen eine Besserung erkennen. Vom 4. bis 11. März blieben die Großhandelspreise stabil, vom 13. bis 20. März war ein Rückgang von 4 Proz. zu verzeichnen. Die Kleinhandelspreise werden dadurch noch nicht im geringsten beeinflusst. Bei Fleisch und Wurst kostet das Pfund immer noch 3 bis 4 Tarifstundenlöhne der meisten Arbeitergruppen, während 1 1/2 bis 2 Stundenlöhne vollaus genügen müßten. Für einen Anzug, den der Zeitlohnarbeiter der feinkeramischen Industrie für zwei Wochenlöhne (40 Mt.) ehemals kaufen konnte, muß er heute 5 bis 6 Wochenlöhne bezahlen. Schuhe stehen im gleich ungünstigen Verhältnis zum Einkommen. In normalen Zeiten konnte sich der Zeitlohnarbeiter für seinen Stundenlohn von 35 Pf. im Frühjahr 10 bis 12 Pf. Kartoffeln, 1 Pfund Margarine, 4 bis 5 Salzheringe, 3/4 Pf. gutes, nahrhaftes Brot kaufen. Jetzt dagegen braucht er teilweise 3 bis 4 Stundenlöhne. Das ist ein geradezu katastrophales Mißverhältnis und angesichts dessen weigern sich die Unternehmer, auch nur einen

Wenig Lohnerhöhung mehr zu geben. So steht in Wirklichkeit der betrügerische Preisabbau aus.

Als im Januar und Februar die Preise mit dem Dollar um die Wette nach oben stürzten, hieß es bei den Groß- und Kleinhändlern: Ja, wir müssen folgen, um den Wiederbeschaffungspreis zu erlangen. Gegenwärtig wird nicht mehr mit dem Wiederbeschaffungspreis operiert, und nun heißt es: Ja, die Ware hat soviel gekostet, wir können sie nicht mit Verlust abstoßen. Von den feinerzeit übermäßig erzielten Gewinnen geben sie keine Mark preis. Das ist das Geschäftsgebaren der „reellen“ Händlerschaft, zu denen sich die ebenso „reellen“ Fabrikantenteile gesellen. Am Ausreben sind jene Leute eben nie verlegen. Wenn es nicht Wiederbeschaffung ist, müssen es Rücklagen sein und umgekehrt in steter Wechselwirkung, aber immer auf Kosten derer, die ihnen die Profite erarbeiten. Au Preisabbau denkt von den treibenden Kräften kein Mensch. Das einzige, was kommt, ist eine durchschnittliche 10prozentige Kostenpreiserhöhung, die aber durch Erhöhung der Wohnungsbaubausgabe und eventuell auch der Mieten „ausgeglichen“ wird. So geht es nicht abwärts, sondern merklich der weiteren Verschlebung entgegen. Alle Kraft wird eingesetzt werden müssen, das schlimmste zu verhindern.

Der Preisabbau wird noch lange ein Trugbild bleiben.

Der Goldlohn.

Jeder Kollege, welcher für das Vorwärtkommen der Arbeiterschaft besorgt ist, wird mit Freude den Artikel: „Kritik zur Goldlohnrechnung“ in Nr. 9 der „Ameise“ gelesen haben. Es ist allerdings unnötig, den Kollegen ein „eingehendes Studium“ zu empfehlen, denn welcher Kollege wird sich noch nicht mit diesem Problem befaßt haben? Vorausgesetzt, daß er sich überhaupt mit Arbeiterfragen beschäftigt. Und welcher Kollege wird nicht, soweit es in seinen Kräften stand, für Weiterverbreitung gekämpft haben? Ich glaube, wohl alle.

Es sind Jahre verstrichen, seit der Ruf nach einer gleitenden Lohnskala erging. Aber damals war es genau so wie heute, wo der Ruf nach Goldlohn laut wird. Nicht nur die Arbeitgeber, sondern auch ein Teil der Gewerkschaftsführer haben den Gedanken als undurchführbar bekämpft. Mit welchen Mitteln dieses manchmal gekoch, will ich hier nicht weiter erörtern. Die Durchführbarkeit der gleitenden Lohnskala hat sich jedoch erwiesen.

Am Anfang Dezember vorigen Jahres wurde durch die bürgerliche Presse eine Mitteilung gebracht mit der Überschrift: „Mißerfolg der gleitenden Lohnskala.“ In dieser Mitteilung wurde gesagt, daß das „Altsystem der selbsttätigen Lohnregelung“ sich in der Praxis als unmöglich erwiesen habe, nachdem in Hensburg ein Versuch damit gemacht worden sei. Und nun kommt das Wesentliche bei der Sache. Ich will hier den Bericht der „Kölnischen Zeitung“ vom 7. Dezember 1922 wörtlich wiedergeben:

„Die bekannten Preisbrünge hatten bei getreulicher Anwendung der gleitenden Lohnskala Lohnerhöhungen zur Folge, die für die Hensburger Wirtschaft unerträglich waren. Die Entwicklung ging bereits dahin, daß die Hensburger Löhne denen der ganzen Umgebung unverhältnismäßig voraus waren, so daß die Wettbewerbsfähigkeit von Industrie und Gewerbe in Hensburg aufs schwerste bedroht schien. Auch von Arbeitnehmersseite wurde die Unhaltbarkeit dieses Aufwandes anerkannt, so daß man bereits zu einer anderweitigen Berechnung des Lohnzuschlages gelangte. Trotzdem war es nicht möglich, eine endgültige, beide Parteien befriedigende Lösung zu finden, woraufhin dann ein Schiedsgericht angerufen wurde. Dieses Schiedsgericht, in dem auch das Reichsarbeitsministerium maßgebend vertreten war, hat festgestellt, daß die weitere mechanische Durchführung des Lohnstufensystems das Wirtschaftsleben der Stadt Hensburg aufs schwerste gefährden und nicht zuletzt auch für die Arbeitnehmer bedeutende Folgen zeitigen müsse. Der Arbeitgeberverband hat das bisherige Abkommen nun zum 31. Dezember d. J. gekündigt. Damit dürfte der gleitenden Lohnskala wohl das endgültige Urteil gesprochen sein.“

Also nicht die Undurchführbarkeit war die Ursache dieses Urteils, sondern der Mangel, daß die gleitende Lohnskala nicht für das ganze Reich Geltung hatte. Hier komme ich auf den Artikel Fritz Tarnows zurück, wo es heißt, daß die Löhne „trotz übermenschlicher gewerkschaftlicher Kraftanstrengung erst verspätet und ganz unzulänglich nachholten“, und weiter: „Dieser Verlust wäre vermieden worden, wenn auch die Ware Arbeitskraft gleich den übrigen Waren beizugehen auf die Goldrechnung abgestellt worden wäre“, d. h. mit anderen Worten, wäre der Lohn im gleichen Verhältnis gestiegen wie der Großhandelsindex (gleitende Lohnskala), so hätte der Lohn dieselbe Kaufkraft wie vor drei und vier Jahren und statt den 1500fachen hätten wir den 700fachen Lohn.

Auch der Hinweis auf die inflationistische Gefahr dürfte nicht so ganz stichhaltig sein. Fritz Tarnow zeigt ja schon an einem Beispiel, daß der Lohn von 5 amerikanischen Cents in der ersten Januarwoche auf 2 1/2 Cents in der ersten Februarwoche gesunken ist. Ja, ich behaupte sogar, daß die Arbeitgeber gerade durch das schlechte Anpassen der Löhne an die Geldentwertung die größten Profite einheimten, und daß in dem Moment, wo dies nicht mehr der Fall ist, die Geldentwertung nicht mehr diesen Umfang annimmt.

Man sollte es nun nicht für möglich halten, daß ein Mann wie Adolf Braun mit Argumenten arbeitet wie: „Die deutschen Arbeiter hätten Weltmarktlöhne, aber sie würden wohl bald von diesen Löhnen enttäuscht sein, weil sie dafür Weltmarktpreise zahlen müßten.“ Welcher Arbeiter würde nicht froh sein, wenn er wieder „Vorkriegsverhältnisse“ hätte? Oder würde das nicht gleichbedeutend sein mit Weltmarktlöhnen und Weltmarktpreisen? Die Antwort mag sich jeder selbst geben. Aber wie sind die Verhältnisse denn heute? Zahlen wir nicht schon

für die zum Leben nötigsten Waren Weltmarktpreise oder wenigstens annähernd? Auf Grund meiner guten Verbindung mit Holland bringe ich eine Zusammenstellung der Preise für Bedarfsgegenstände.

	in Holland	in Köln
1 Pfd. Weißbrot . . .	1.000 M.	1.160 M.
1 " Speck . . .	4.450 "	4.800 "
1 " Margarine . . .	0.280 "	0.200 "
1 " Schmalz . . .	3.600 "	4.500 M.
1 " Rindfleisch . . .	6.075 "	6.700 "
1 " Weizenmehl . . .	0.80 "	1.000 "
1 " Füllenspeck . . .	2.130 "	1.000-1.200 "
1 Liter Milch . . .	1.835 "	1.000 M.
1 Ei . . .	800 "	420 "

Bei allen Zahlen und Umrechnungen sind der Kurs und Preisstand vom 6. März d. J. in Köln zugrunde gelegt. Es ergibt sich hieraus, daß die Lebenshaltung hier um rund 25 Proz. billiger ist als in Holland, wo doch Weltmarktpreise beachtet werden. Die wenigen Waren, welche noch unter Zwangswirtschaft stehen, sind hierbei unberücksichtigt, weil sie kaum ins Gewicht fallen.

Wie sieht dem gegenüber der Lohn? In Holland beträgt der Lohn durchschnittlich für acht Stunden bei 48stündiger Arbeitszeit 1.570 Gulden, das sind 317.730 M. Im übrigen vergleiche man die Zusammenstellung des „Wanderer-Quartiers“, welche in Nr. 48 der „Arbeiter“ vom 1. Dezember 1922 veröffentlicht ist. Demnach verdient ein Bauarbeiter in Frankreich das 3/4fache, in England das 5/6fache und in Amerika das 1/7fache des deutschen Bauarbeiters.

Für die Arbeiterschaft ist es unbearbeitet, wie unter diesen Umständen die Gewerkschaftsführer (Nur die Führer? D. M.) der ganzen Sache so gleichgültig gegenüberstehen und zum Teil sogar bekämpfen. Wähten nicht alle ihre ganze Kraft einsetzen, um das schreiende Unrecht zu beseitigen?

Deshalb auf zum Kampf! Erst mit den Hungerlöhnen. Der mit dem Geldlohn, damit wir uns nicht vor unseren Kollegen im Ausland zu schämen brauchen.

H. Döhlenfort, Köln.

(Anmerkung des Redakteurs: Wenn die Geldlohnfrage nur von der Haltung der Gewerkschaftsführer und nicht auch von anderen wirtschaftlichen Faktoren abhängig wäre, könnte man den allgemeinen Vorkurs, den Kollege Döhlenfort den Gewerkschaftsführern macht, als berechtigt anerkennen. Aber so leichtfertig darf man die Schuld nicht Männern zuschieben, die nur den geringsten Einfluß auf die Dinge haben, und die am liebsten den Arbeitern die Entlohnung in Gold sichern würden, weil sie genau so unter den Mißverhältnissen leiden wie ihre Kollegen in den Betrieben. Eine so wichtige Frage muß öffentlich erörtert werden, aber sie läßt sich nicht leichtfertig behandeln, wenn man zu den falschen Schlussfolgerungen kommt wie der Verfasser obigen Artikels.)

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ist nicht zu bannen, solange es nicht gelingt, die Völker dieser Erde wieder zum friedlichen Nebeneinanderarbeiten zu bringen. Bisherig sind Jahre nach dem angeblichen Ende des Weltkrieges gehen Millionen von Arbeitern müßig und schreien nach Arbeit, während der Mangel an allen Kulturartikeln, an Nahrung, Bekleidung und Bekleidung in aller Welt immer fürchterlicher wird. Wohl zeigt Amerika seit etwa Jahresfrist eine bemerkenswerte Besserung, als noch die Zahl der Arbeitslosen allein in den Vereinigten Staaten auf 3 bis 4 Millionen geschätzt wurde. Leider fehlen genauere Zahlen, um die Entwicklung des nordamerikanischen Arbeitsmarktes übersehen zu können. Die Nachrichten sind widersprechend, aber unverkennbar ist eine erhebliche Besserung eingetreten. Daß zeitweise sogar eine berartige Entspannung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, wie gelegentlich zu sehen war, daß die Arbeitslosigkeit einem Arbeitermangel gewichen ist, ist höchst unwahrscheinlich. Neuere Nachrichten konstatieren ein erneutes Nachlassen der Beschäftigungszahlen und Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Dieses bestätigen auch die Zahlen aus Kanada, wo sich die Entwicklung zahlenmäßig an der Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder verfolgen läßt. Dezember 1921 und Januar 1922 waren dort 14 bis 16 v. H. der Mitglieder erwerbslos. Diese Zahl sank September auf 2,8 v. H., um von da ab wieder zu steigen. Ende November 1922 waren bereits wieder 6,2 v. H. der Mitglieder arbeitslos.

Genauere Zahlen liegen für Europa vor. Sie zeigen, daß nach wie vor die Völker von grauenhafter Arbeitslosigkeit geplagt sind, die die Arbeiter zu langsamer, aber sicherer Verelendung führt. Nur wenige Länder ragen aus diesem Ozean des Elends. Frankreich zählt verhältnismäßig wenig Arbeitslose, weil es Hunderttausende unter den Waffen hält und Kriegsdienst betriehten läßt und weitere Hunderttausende mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt. Die Landwirtschaft nimmt viele Arbeitskräfte ab, so daß sogar ein durch einwandernde Ausländer gedeckter Bedarf entstanden ist. Hinzu kommt, daß beim Aufbau der zerstörten Gebiete zahlreiche Arbeitskräfte beschäftigt sind. Belgien zeigt eine erhebliche Besserung des Arbeitsmarktes. Seit Beginn 1921, wo rund 200.000 Arbeitslose und Kurzarbeiter festgestellt wurden, ist die Zahl bis Ende Dezember 1922 auf rund 26.000 gesunken, für das kleine Land eine trotzdem nicht unerhebliche Zahl. Die deutschen Zahlen sind bekannt. Die bis Mitte August 1922 anhaltende Hochkonjunktur, die sich auf den niederen Löhnen der deutschen Arbeiter aufbaute, wich seitdem einer härteren Arbeitslosigkeit, die Ende Januar in einigen Industrien bereits zur Krise gesteigert ist. Zwar ist Ende Januar mit 4,4 v. H. erwerbsloser Gewerkschaftsmitglieder eine eigentliche Katastrophe noch nicht erkennbar. Aber einmal steigt neben der Zahl der Vollerwerbslosen die schnell und stark steigende Zahl der Kurzarbeiter und weiter wird durch den französisch-belgischen Ueberfall auf das Wirtschaftsgebiet an der Ruhr der deutschen Wirtschaft ein Schlag versetzt, dessen Auswirkung sich im Augenblick noch nicht zahlenmäßig übersehen läßt.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den übrigen europäischen Staaten, soweit sich zahlenmäßige Nachweise erbringen lassen, zeigt folgende Uebersicht:

England zeigt, verglichen mit den Höchstzahlen im Mai und Juni 1921, als die Krise am schärfsten wirkte, eine Besserung des Arbeitsmarktes. Damals waren 2,1 Millionen (17-18 vom Hundert) der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten völlig erwerbslos; die Gewerkschaften zählten 22 bis 23 v. H. ihrer Mitglieder arbeitslos. Seitdem haben diese Zahlen langsam, aber im Dezember 1922, dem günstigsten Monat, waren noch 1.421.900 Versicherte (12,2 v. H.), von den Gewerkschaftsmitgliedern 1,4 v. H. arbeitslos. Im Januar 1923 ist die Zahl wieder auf 1.492.000 (12,7 v. H.), davon 1,23 Millionen Männer und 264.700 Frauen, gesunken. Außerdem bezogen noch 60.147 Kurzarbeiter Erwerbslosenzustand. Seit mehr als zwei Jahren steht die englische Volkswirtschaft vor der Aufgabe, von ihren rund 12 Millionen Versicherten dauernd durchschnittlich mehr als 1 1/2 Millionen erwerbsloser Arbeiter zu unterhalten, ohne daß eine Lösung des furchtbaren Problems zu erkennen ist.

Die skandinavischen Länder zeigen wohl eine Besserung des Arbeitsmarktes, zeigen jedoch nach wie vor eine ungeheure Arbeitslosigkeit. In Dänemark, Schweden und Norwegen trat die Krise Ende 1920 ein und erreichte ihren Höchststand am die Wende der Jahre 1921 und 1922, als die dänischen Gewerkschaften 29 bis 33 v. H., die Schwedischen 53 bis 55 v. H. und

die norwegischen 24 bis 26 v. H. ihrer Mitglieder völlig arbeitslos zählten. Ende Oktober waren diese Zahlen auf 11,3, 15,0 und 11,6 v. H. gesunken. Seitdem steigt sich ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. So waren Ende Dezember in Dänemark 20,3 v. H., in Schweden 21,7 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schweden betrug am Jahresende 46.900. Neuere Zahlen für Norwegen liegen nicht vor.

Auch die Schweiz ist noch wie vor stark nothleidend. Das Land, das in der ersten Hälfte des Jahres 1920 zwischen 3000 und 6000 Arbeitslose zählte, sah 1921/22 ein trübendes schnelles Ansteigen. Der Februar 1922 brachte mit fast 100.000 Arbeitslosen den Höhepunkt. Bis zum Oktober senkte sich diese Zahl auf 48.200, fiel von da an wieder und erreichte Ende Dezember wieder 53.463 Arbeitslose und 20.429 Kurzarbeiter. Ende Januar 1923 sind es 56.275 Arbeitslose und 19.868 Kurzarbeiter. Auch Italien zeigt eine ähnliche Entwicklung. Im Januar Höchststand mit 60.819 Arbeitslosen, dann ein Absinken bis zur Mitte des Jahres auf 31.800, um von da an wieder anzusteigen auf 38.200 Arbeitslose. Dazu traten noch Ende Dezember 42.600 Kurzarbeiter.

Für Holland liegen nur die Zahlen der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder vor, die das Weiterwühlen der Arbeitslosigkeit zeigen. Auch hier eine Besserung verglichen mit den Höchstzahlen Anfang 1922, als 20 bis 22 v. H. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Es zeigt sich eine erhebliche Besserung bis zum September, als immerhin noch 9,1 v. H. arbeitslos waren. Von da an steigt die Zahl erneut. Ende Dezember waren 14,0 v. H. der Mitglieder arbeitslos. Einschließlich 10.000 Kurzarbeitern waren von 332.000 Mitgliedern 52.519 nicht vollbeschäftigt.

Die Tschechoslowakei zeigt das Bild einer überaus ernsten, sich schnell steigenden Krise. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 1. Oktober 1922 232.390, am 1. November 266.964. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen wird für 1922 angegeben: Juni 56.600, Oktober 127.300, Dezember 141.000 und Januar 1923 mit 190.000.

Deutschösterreich ist seit der „Reorganisation“ seiner Finanzwirtschaft durch die Alliierten in eine katastrophale Krise geraten, deren Ausgang unabsehbar ist. Das Land zeigt eine auf dem sinkenden Kronenwert basierende Hochkonjunktur, die mit der Stabilisierung zusammenbrach. Ende Oktober 1922 war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bereits auf über 57.000 gestiegen. Im Dezember zählte das kleine Land 91.237 Vollerwerbslose, davon allein 85.345 in Wien. Mitte Januar ist diese Zahl bereits auf 128.000 gestiegen, dazu treten jedoch noch 250.000 Kurzarbeiter. Neuerdings liegen auch aus Russland genauere Nachrichten über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Die steigende Finanzkrise hat die Sowjetregierung gezwungen, die ungebühr überbelegten Behörden stark abzubauen, die Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Aber die russische Wirtschaft kann die Entlassenen, obwohl das Land an allen Dingen bitter Not leidet, nicht aufnehmen; denn die Industriefabrikate und der Handel sind in trostloser Verfassung und selbst zu weiteren Entlassungen genötigt. Nach einem am 17. Januar veröffentlichten amtlichen Bericht des Volkswirtschaftsministeriums für Arbeit registrierten am 1. Dezember 1922 Petersburg, Moskau und 77 Provinznachweise zusammen 243.950 Arbeitslose; von diesen entfielen auf Petersburg 71.379, auf Moskau 55.353. Damit zeigt sich seit dem 1. Oktober ein Ansteigen der Gesamtzahl um 50.132, davon in Petersburg um 17.600, in Moskau um 7.339. Nach den Berichten herrscht besonders unter den hochqualifizierten Facharbeitern und Technikern starke Arbeitslosigkeit, so daß die Sowjetregierung bereits Schutzmaßnahmen durchzuführen mußte, um einer Abwanderung vorzubeugen, die bei der ohnehin sehr beschränkten Zahl von Qualitätsarbeitern die Schwierigkeit eines Wirtschaftsaufbaues unendlich steigern würde.

Müssen Werkwohnungen auf Verlangen der Unternehmer geräumt werden?

Diese so überaus wichtige Frage wurde vom Amtsgericht Köln verneint. Ein Arbeiter hatte eine Klage der Aktiengesellschaft für Stickstoffdünger, Knapsack bei Köln, angestellt bekommen, weil er sich geweigert hatte, eine Werkwohnung zu räumen, über die das obige Amtsgericht zu entscheiden hatte. Aus dem Urteil sei folgendes mitgeteilt:

Wegen Räumung hat das Amtsgericht, Abt. 56, in Köln für Recht erkannt: Die Klage wird abgewiesen. Die Klägerin hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Gründe: Wegen des Tatbestandes wird auf die Klage schrift und die Verhandlung Bezug genommen. Der Beklagte widersprach der Klage, weil sie und die vorausgegangene Kündigung nicht vom Mietvertragsamt genehmigt worden war. Die Klägerin hält diese Genehmigung für unnötig, weil es sich um eine Werkwohnung handle. Die Genehmigung des Mietvertragsamtes ist bei Mietverhältnissen vorgeschrieben. Ein Gewährung der Wohnung ist also kein Teil des Entgelts für Dienstleistungen gewährt wird. Im vorliegenden Falle werden die vom Beklagten übernommenen Dienstleistungen ausschließlich mit Geld nach den bestehenden Tarifen abgegolten. Die Gewährung der Wohnung ist also kein Teil des Entgeltes für die Dienste. Vielmehr ist die Uebernahme der Dienstleistungen durch den Beklagten nur die Voraussetzung für die Ueberlassung einer Wohnung. Für diese Ueberlassung hat sich die Klägerin eine Gegenleistung in Geld ausbedungen. Darin liegt der Abschluß eines selbständigen Mietvertrages (§ 535 d. BGB). Daran ändert nichts, daß der Mietzins (Vergütung, Entgelt, Entschädigung) mit Rücksicht auf die zu leistenden Dienste besonders niedrig bestimmt worden ist. Das nimmt dem Vertrag über die Wohnung nicht die Natur eines Mietvertrages. Für dessen Lösung ist aber die Genehmigung des Mietvertragsamtes vorgeschrieben. Die Klage ohne Genehmigung war also vorläufig als unzulässig abzuweisen, nach § 91 der RPO auf Kosten der Klägerin.

Die Firma hat gegen dieses Urteil Revision beim Landgericht Köln eingelegt, welches die Revision verworfen hat. Das Urteil ist sehr wichtig und wir empfehlen es der Beachtung. Was jetzt waren die Inhaber von Werkwohnungen für die Unternehmern preisgegeben. Diese Abhängigkeit eines großen Teiles der Arbeiterschaft hat schon manche Vorkommnisse geschädigt und manchen Streit unmöglich gemacht. Das Urteil wird noch dadurch besonders wichtig, daß in den letzten Jahren infolge der Wohnungsnot von den Großbetrieben zahlreiche Arbeiterkolonien gebaut wurden und dadurch ein großer Teil von Arbeitern in eine gewisse Abhängigkeit geraten ist.

Sind Lehrlinge Arbeitnehmer?

Ein Urteil letzter Instanz.

Am 27. Juni v. J. fällt das Oberlandesgericht Hamm i. W. als Revisionsinstanz ein Urteil, wonach ein Schiedsgericht als rechtsverbindlich erklärt angesehen ist, auch wenn er auf Lehrlinge (sach im Handwerk) Bezug nimmt. Die betr. Innung wollte sich dabei nicht beruhigen, sondern das Reichsgericht als letzte Instanz anrufen. Jetzt wird bekannt, daß das Reichsgericht die Revision zurückgewiesen habe, da vom Kläger der Gebührenvorschlag nicht gestellt wurde. Durch diese Zurückweisung ist das in Hamm gefällte Urteil nunmehr endgültig. Da es von weittragender prinzipieller Bedeutung ist, seien einige Absätze aus der Urteilsbegründung hierdurch nochmals der Leserschaft unterbreitet.

Sind Lehrlinge Arbeiter? Hierzu sagt das Oberlandesgericht Hamm i. W.: „Lehrlinge sind unter Titel VII der Gewerbeordnung unter den „Gewerblichen Arbeitern“ begriffen. Es kann daher nicht zweifelhaft sein, daß sie „Arbeiter“ anzusehen sind, und daß neben dem Charakter des Lehrlings als eines den Meister zur sachgemäßen Ausbildung des Lehrlings verpflichtenden Vertrags, auf der einen Seite auch eine den Lehrling zur wirklichen Arbeitsleistung, besonders gegen Ende der Lehrzeit, verbindende Verpflichtung vorliegt.“

Wie kann ihre Entlohnung geregelt werden? „Die darin sich ergebende Frage, ob eine Entlohnung des Lehrlings abgehandelt ist und in welcher Höhe, ist somit eine Frage des Arbeitsvertrages. Ihre Regelung kann daher durch Vertrag (s. b. h. d. v. d. R. d. v. d. R.), aber auch nach der Verordnung vom 12. Februar 1920 durch Schiedsgericht und Verbindlichkeitsklärung erfolgen. . . Vorliegend kann dies um so unbedenklicher festgestellt werden, als Innung und Handwerkskammer wie unstreitig ist, eine Regelung der Lohnfrage nicht vorgenommen haben. Es ist somit unerheblich, ob durch die Verträge der Kläger ein Lohn überhaupt nicht festgesetzt ist, mit niedrigeren Sätzen, als der Schiedsgericht sie vorsteht.“

Können bestehende Lehrverträge abgeändert werden? In beiden Fällen ist, da der Schiedsgericht zwischen den Arbeitnehmerorganisationen, denen die Kläger unstreitig angehören sowie der Schlichterinnung, der der Kläger angehört, erklärt ist, der Lehrvertrag durch den für verbindlich erklärten Schiedsgericht abgeändert worden.“

Die letzte Uebersetzung würde bedeuten, daß nur bei Ablegen der betreffenden Organisationen der Schiedsgericht oder gegebenen Falles gesamtvertragliche Abmachungen, oder gegebenen Bestimmungen von Privatverträgen aufzuheben. Ueber alle die bekannten Einwände der Handwerkskammer, Tarifverträge, Schiedsgerichte usw., auszusprechen wollen, geht Urteil danach glatt hinweg. Es wird gut sein, auf diese Entscheidung zurückzugreifen, wenn wieder ähnliche Streitfragen gerichtlich ausgetragen werden.

Wirtschaftliches.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei. Wie das Ministerium für soziale Fürsorge mitteilt, wurden Mitte Januar 1923 in der tschechoslowakischen Republik 190.000 Arbeitslose unterstützt, und zwar 135.000 Männer und 55.000 Frauen, was nach 170.000 Familienangehörige kamen, das sind also zusammen 360.000 Personen. Außerdem wurden durch die Unternehmungen 105.120 teilweise Beschäftigte mit 56.950 Familienangehörigen zusammen also 162.070 Personen, unterstützt, alles in allem zusammen genommen also 522.070 Personen. Um einen Vergleich mit dem Vormonat anzustellen, sei folgendes angeführt: Im Monat Dezember wurden ohne die Familienangehörigen 221.000 Personen unterstützt, Mitte Januar jedoch 73.220 Personen mehr. Wie man sieht, ist also die Wirtschaftskrise noch nicht im Schwünge begriffen, die Zahl der Arbeitslosen wächst noch immer!

Gewerkschaftliches.

Rambertlohn. Der Zeitung der amerikanischen Dammjägerschneiderei vom 23. Februar d. J. ist zu entnehmen, daß ein Streit der New Yorker Dammschneider mit vollem Erfolg endigte. Die 40-Stunden-Woche ist eingeführt worden. Sonnabends und Sonntags bleiben die Betriebe geschlossen. Arbeiter erhalten 10 v. H. Lohnhöhung; die gewöhnlichen Beschäftigten erhalten für jezt 40 Stunden den gleichen Lohn wie bisher für 44 Stunden. Die Gewerkschaft hat durch die Bewegung viele neue Mitglieder gewonnen.

Verhaftung eines niederländischen Gewerkschafters. Duisburg. „Der Volk“ teilte am 21. März mit, daß Exekutivrat Hans von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation an die Minister der Justiz und des Äußeren folgendes Telegramm gerichtet habe:

„Holländisches Vorstandsmitglied Neemans vom Zentralverband der Transportarbeiter ist in Duisburg von Franzosen verhaftet worden wegen Anspornung holländischer Rheinisch-Westfälischer Mannschaften, nicht die Arbeit streikender Deutscher zu verrichten. Ersuche höflichkeit, aber dringend um Eingreifen zur Befreiung Neemans.“

Amerikanischer Bergarbeiterverband. Im Januar d. J. zählte der amerikanische Bergarbeiterverband 484.434 zählende Mitglieder. Im Dezember des vorhergehenden Jahres betrug die Zahl der zählenden Mitglieder 476.091. In diesen Riffern die Zahl der noch streikenden Mitglieder sowie derjenigen Arbeiter, die nicht mehr als fünf Tage während dieser Monats gearbeitet haben, nicht eingegriffen. — Die amerikanische Bergarbeiterorganisation dürfte derzeit — kurz nach den Kämpfen von 1922 — über eine halbe Million Mitglieder zählen.

Einschränkungen. Die Papierverwertung wirkt auf Gewerkschaftspreise immer unheilvoller. Ein Teil der Verbände mußte seinen Umfang schon erheblich einschränken, andere wieder die Abstände ihrer Erscheinungszeiten vergrößern. In denen, die in der letzten Zeit eine alte Regel gegeben wurden, gehört auch der „Korrespondent“, das Organ der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer. Er erschien bisher wöchentlich dreimal, und jetzt nur noch zweimal. Der Bezugspreis für April wurde auf 500 M. festgesetzt, wobei 400 M. den Mitgliedern aus der Verbandskasse zurückvergütet werden.

Unter belgischer Zensur. Ein Teil der „Metallarbeiterzeitung“ wird in Duisburg gedruckt. Das dortige deutsche Blatt erhielt von der Besatzungsbehörde den Auftrag, das Blatt nicht eher zu befördern, als bis ihm die Erlaubnis der Militärzensur vorgelegt werde. Als Zensur „wirkt“ eine belgische Militärperson, die schon wiederholt größere und kleinere Stellen im Inhalt der Zeitung beanstandete, und zwar solche die sich gegen Frankreich wandten. Seit der Belegung des Ruhrgebiets wird die Zensur härter gehandhabt. In Nr. 9 der „Metallarbeiterzeitung“ verfiel die ganze erste Seite der Zensur, und außerdem wurde dem Blatt ein vollständiges Verbot in Aussicht gestellt, wenn es seine Schreibweise nicht bedeutend änderte.

Von der Keramikindustrie.

Gewinn-Vorschläge. Die Kette des Volkstheater Vorzellsfabrik-A.G. stellt der Generalversammlung den Antrag, zu willigen, daß für das abgelaufene Geschäftsjahr 50 Millionen Mark dem Erneuerungsfonds, 50 Millionen Mark aus dem Reservefonds, 46 Millionen Mark zur Auffüllung der Reserve auf 50 Millionen Mark aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 58,4 Millionen Mark aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 7,7 Millionen Mark aus dem abgelaufenen Geschäftsjahr 250 Millionen Mark auf die Stammaktien verteilt werden. Die Beamten- und Arbeiterpensionskasse erhält 25 Millionen Mark zugewiesen und die Unterstützungsstelle wird von 40 auf 5 Millionen Mark erhöht. Das Aktienkapital wird von 20 auf 20 Millionen Mark erhöht und zu einem noch festzusetzenden Kurse von 1 zu 1 auszugeben. — Das Geschäft hat also klappende Gewinne abgeworfen, auf die wir später noch eingehen werden.

Dividende und Sondervergütung. Der Generalversammlung der Porzellanfabrik Zirkonwerk, A.G., wird vorgeschlagen, 20 Millionen Mark Rückstellung für Wertberhaltung, 23 Millionen Mark für Bauergänge und 14,37 Millionen Mark Reingewinn, woraus 50 Prozent Dividende und 70 Prozent Sondervergütung vorgeschlagen werden. Das Geschäft hat also sehr gewinnbringend.

Worte an die Jugend.

Schnellere Jugendfürsorge.

Die Jugendjahre der Angehörigen des arbeitenden Volkes werden stets mehr oder minder von der jeweiligen Wirtschaftslage und den gesellschaftlichen Verhältnissen beeinflusst. Fallen die Jahre des Werdens gerade in eine Zeit des regsten Wirtschaftslebens, haben die Eltern ein stetiges Einkommen, so befruchtet dies die Zeit der ohnehin bedrückten Kindheit im stillen Sinne. Geradezu schlimm wird es jedoch für das unwachsende Geschlecht, wenn Krisen eintreten, die Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Dann werfen Hunger, Krankheiten, beengten dunkle Schatten über die Gemüter der jungen Menschen und ersticken das Gute in den sehnsüchtigen Herzen der Väter. Ihre Hoffnungen werden geknickt, die Lebensbegeisterung vergällt und der Dasein entzückt; denn jeder leidende Mensch steht auf der anderen Seite das Gegenteil seiner Seite. Dort haben Kinder keine Sorgen, sie brauchen nicht hungern und frieren, sie haben, was ihr Herz begehrt, und sie können alles hin, als hätten sie, nur sie allein, ein Recht auf das Glück. Das stimmt jedoch nicht; ihnen steht nur der gesellschaftliche Nachstandspunkt ihrer Eltern zur Seite, der sich zum einbaren Recht herausgewachsen hat. Ein moralisches Recht im Leben haben auch alle arbeitslosen Arbeiter. Es kann ihnen jedoch nichts nützen, weil ihre Eltern keine ausschlaggebende, das Gesellschaftsleben beeinflussende Macht haben. Die muß erst erobert werden; dann wird es auch der Jugend besser.

Seitdem der Einfluss der Arbeiterschichten auf die menschliche Gesellschaft im Wachsen begriffen, ist ja schon manches erreicht worden. Früher waren die Kinder in der Ausstattung ihrer Arbeitskraft dem Unternehmertum alter und neuer Zeit wehrlos preisgegeben. Im Laufe der Jahrzehnte wurde es anders. Die Arbeiterführer wiesen in Wort und Schrift auf jeder sich bietenden Gelegenheit auf die Kulturhande der Unternehmenden hin, und so kam es, daß mit Rücksicht auf das Volkswohl die schlimmsten Verhältnisse beseitigt wurden. Es wurden Gesetze erlassen, wonach Kinder bis zu bestimmten Lebensjahren nicht in schwer gesundheitsgefährlichen Industrien und Erwerbszweigen beschäftigt werden durften. Daran reihten sich weitere Bestimmungen über Kinder- und Jugendfürsorge, Erziehungsvorschriften, u. a. an. Nach der Revolution übernahmen einzelne Gewerkschaften den Arbeiterschutz für Jugendliche in ihr Tätigkeitsfeld (gegenseitige rechtsverbindliche Vereinbarungen). Das ist jedoch ein loser Anstand, der recht bald einer Lenkung bedarf, weil nicht alle Gewerkschaften die Kraft haben, die Vertragsverhältnisse auf Lehrlinge und jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen vom 14. Lebensjahre ab auszuüben.

In dieser Beziehung sind Arbeitervertreter mit den Jugendorganisationen schon jahrelang eifrig am Werk, die Staatsverordnungen zu veranlassen, Gesetze für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Jugendlichen zu erlassen. Die genannten Vorschläge beziehen sich auf: Allgemeine Forderungen, Reform des Lehrlingswesens, Öffentliche Jugendwohlfahrt, Berufsausbildung und Allgemeine Erziehungs- und Bildungsfragen. Aber es will nicht so recht vorwärts gehen; die gegenwärtigen Verhältnisse türmen Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf.

Doch sie überwunden werden, und zwar möglichst bald, dazu darf es der Jugend und aller Erwachsenen. Ohne tatkräftige Arbeit, auch der in der feinkleinindustriellen Industrie Beschäftigten, wird es wohl kaum gehen. Je größer sie ist, desto eher wird erreicht werden, was für unsere Jugend dringend ist.

Pflege deine Muttersprache!

Seit Jahrhunderten sind wir Deutschen schlechte Verwalter unseres kostbaren Sprachschatzes gewesen. In Mengen haben wir das Edelmetall heimischer Prägung weggewaschen und durch minderwertige ausländische Geldorten ersetzt. Den richtigen Klang eigener Münze schätzen wir gering, der fremde Klang gefälliger Geldes schallt in unseren Ohren wie ein Ruf, wenn es nur ausländisch ist. Die scharfe, deutliche Prägung deutscher Wörter beleidigt unser Auge, die verschwommene

Prägung französischer oder englischer Ausdrücke wird wegen ihrer Vieldeutigkeit gelobt. Und wenn die Auslandsmünze auch noch so abgegriffen ist, und wenn sie ihren Kurswert verloren hat, sie ist doch „weil her“, und wer würde die Güte einer weitgereisten Münze zu bezweifeln wagen? So ist auf den verschiedensten Gebieten die Muttersprache zurückgedrängt; in Handel und Wandel, im öffentlichen Leben und in der Familie, in Musik und Kunst, in der wissenschaftlichen und der Gemeinssprache gilt die deutsche Muttersprache als schlecht und verächtlich, die fremde als wertvoll und edel. Wie schnell wird dem deutschen Worte mangelnde Brauchbarkeit nachgesagt, wie bereitwillig läßt man das fremde seine Straße ziehen, ohne nach seinem Verächtlingsgange zu fragen!

Wie oft müssen wir doch von jemand, der ein lästiges Fremdwort gebraucht, die Entschuldigung hören, es fehle an dem entsprechenden deutschen Ausdruck! Solche Fälle kommen nun tatsächlich vor, aber doch nur als seltene Ausnahmen. Wie sollte es auch anders sein, wo doch unser Sprachschatz mit seinen 500 000 Wörtern — die hohe Zahl verbirgt das Reichliche seiner wunderbaren Fähigkeiten, Zusammenstellungen zu bilden — den der Franzosen oder Engländer, bei denen wir so reichlich Gehörtes bergen, etwa um das Vierfache übersteigt! Aber irrtümlich, die Fälle, in denen das Deutsche wirklich nicht ausreicht, werden sich von Jahr zu Jahr mehr, wenn wir weiterhin so gedankenlos verfahren, daß wir das erste beste (meist) sagen wir lieber: das erste, schlechteste) Fremdwort, das uns zur Hand liegt, ergreifen, weil wir zu bequem sind, uns nach dem deutschen Ausdruck zu — bücken. Denn wie bei einem Körper, dessen Muskeln nicht geübt werden, allmählich ein Krüppelverfall eintritt, so muß bei der Sprache, die doch ein lebendiger Körper ist, die geboren wird, langsam wächst, nach und nach altert und schließlich stirbt, gleichfalls in Schwanden der lebendigen Kräfte eintreten, wenn wir ihre Ausbildung vernachlässigen. Wer es jahraus, jahrein vernachlässigt, sich um den deutschen Ausdruck zu kümmern, der kann seine Gewandtheit im Gebrauch eines reinen Deutsch nicht steigern, und wenn, wie es doch der Fall ist, Millionen von Deutschen so handeln, dann muß die Sprache als solche darunter leiden, muß verarmen, verkümmern, an Ausdrucksfähigkeit abnehmen. Dann kommt es eines Tages wirklich dahin, daß die reichste Sprache der Welt die ärmste wird und schließlich gezwungen ist, bei allen Nachbarn zu borgen, nur, um ihre Wunden zu bedecken. Wer seine Muttersprache liebt, der muß an seinem Teile mit zu verhindern suchen, daß dieser Zustand eintritt; denn es geht nicht an, die Weiterbildung unserer Sprache denen allein zu überlassen, die an erster Stelle dazu berufen erscheinen: den Schriftstellern — war doch die Sprache da, ehe es Schriftsteller gab! Jeder einzelne ist für diesen Gemeinbesitz unseres Volkes in gleicher Weise verantwortlich, und wir können deutsch reden, wenn wir nur wollen, aber am guten Willen darf es nicht fehlen. Eine gesunde Seele in einem gesunden Körper — ein richtiges Hochziel unserer Zeit; eine gesunde, sich immer schöner und kräftiger entwickelnde Sprache als kostbarster Besitz eines gesunden Volkes — wahrlich kein geringeres und wohl wert, daß wir ihm mit allen unseren Kräften nachstreben!

(Aus dem „Jungbuchdrucker“.)

Das Recht auf Streikrecht.*

Diejenigen, die den Streikbrecher ausnutzen, nennen ihn oft einen freien Menschen, der gegen die Tyrannei der Gewerkschaften kämpft. Ein berühmter Volkskorymbus ist sogar soweit gegangen, ihn einen Helden zu nennen. Ferner behaupten diese Freunde des Streikbrechers nachdrücklich, daß jedermann — und damit meinen sie im besonderen den Streikbrecher — ein heiliges Recht habe, sich an irgend jemanden zu irgendwelchem Preise und für irgendwelche Arbeit zu verkaufen.

Junakisch erkennt man so etwas wie ein Recht auf Arbeit gar nicht an, weder in diesem Lande noch in einem anderen. Es gehen keine Arbeiter zu den Unternehmern, um Arbeit zu „fordern“. Sie fragen darum an, bitten darum, kämpfen sogar manchmal untereinander darum. Den Unternehmern wird nicht unterstellt, ihre Betriebe oder Vergewerte zu schließen. Niemand hat je Gewalttaten aufbeboten, um Lohnarbeiter vor Ausbeutung zu schützen. Man hat noch nie Militär herbeigerufen, um Arbeitslose zu ihrer Arbeitstätigkeit zurückzuführen ...

* Oscar Ameringer im „International Workers' Journal“, November 1922.

Nein, das „Recht auf Arbeit“ ist das ausschließliche Vorrecht des Streikbrechers. Er, und er allein kann den starken Arm des Gesetzes zum Schutze seiner Arbeit in Bewegung setzen. Er ist auch der einzige Verräter, der von den „Westen“ gelobt wird.

Wenn ein Arbeiter in einem Bergwerk Arbeit sucht, so sagen wir zu ihm: „Kamerad, tritt unserem Verband bei ... Unser Verband ist unsere einzige Waffe und Hoffnung ... das einzige, was uns über das unvernünftige Tier erhebt, das wir früher waren. Wir sind noch weit davon entfernt, vollentwickelte menschliche Wesen zu sein. Wir leben noch in armen, düsteren Höhlen und verbrennen kaum soviel, daß wir unsere Nachkommen aufziehen können. Wir haben jedoch einen Anfang gemacht, und die Gewerkschaft, die uns soweit gebracht hat, wird uns noch weiter führen ...“

Es gibt jedoch Leute, die sich unseren Reihern nicht anschließen wollen ... Diese Leute warten wie Raubvögel auf dem Baum, bis wir in einen der Kämpfe um Leben und Tod verwickelt sind, die wir Streit nennen. Dann schreien sie auf uns herab, um solange unsere Arbeit zu übernehmen, bis unser Mundstiel gebrochen ist.

Solche Leute haben ein „Recht“ auf Arbeit, aber wenn sie es haben, dann hätte auch das Recht, die dreißig Stunden anzunehmen und die römische Waise zu dem betenden von Gethemane zu führen; dann hätte Benedict Arnold das Recht, die Soldaten des Königs Georg nach den Schlafen von Yorktown zu führen, dann hat jeder Spion und Verräter das Recht, seine Arbeit dem Feinde zu verkaufen.

Wer das Gesetz seiner Gruppe oder Herde schändet, wird zur Friedenszeit ein Verbrecher genannt, ein Verräter zur Zeit des Krieges. Und dies gilt so wohl, wenn die Gruppe aus zwölf Jüngern als auch, wenn sie aus einem Regiment armen, armer Arbeiter besteht.

Ich schmeichle mir nicht, daß es mir möglich sei, anderen den Liefen, unwürdigen Arbeitern zu klarmachen, den Gewerkschaftler vor Streikbrechern haben. Nur ein hungriger Wolf mit einem Wurf seiner Raubkommodore, die an den Hüften der hungrigen Gefährtin lauern, der von seiner Weite verjagt wird von solchen Wölfen, die gewerksmäßig nur in der Nähe hungriger Wölfe jagen — nur der kann fühlen, was Arbeiter über den Streikbrecher fühlen.

Diese Reiten sind nicht zur Verherrlichung von Gewalttaten bei Arbeitskämpfen geschrieben. Ihr Zweck ist nur, einen Blick in die Niedrigkeit der Geilung zu tun, in der solche Verräterei wurzelt. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist zu tief, als daß er durch Macht und Gewalttat gelöst werden könnte. Und der Arbeiter, der zur Gewalttat greift, ist ebenso töricht wie der Unternehmer, der Gewalttaten dingt, oder der Staatsmann mit seinen Einheitsbefehlen, Kertern und Maschinengelehrten.

Zehn Gebote des Proletariats.

(Uebersetzt aus der „Zweitsie“, Moskau.)

1. Jeder Arbeiter ist dein Bruder, lerne ihn lieben, daß ihr stets in allem und überall eins seid.
2. Beschme dich stets ehrbar, sei ehrenhaft und sittlich.
3. Schütze dir deine Gesundheit, hüte dich vor dem Alkohol und der Gesellschaft, die dir Leib und Seele verdirbt.
4. Die freie Zeit widme der Lektüre, lehrreicher Bücher, Spaziergängen in der Natur, Gesang, Leibesübungen und Spielen.
5. Liebe die Natur, lerne sie kennen und scheide das Gute vom Bösen.
6. Willst du, daß die Jugendzeit dir eine liebe Erinnerung sei, so verbringe sie in Ehrbarkeit.
7. Sei gewissenhaft. Deine Zeit sei der Arbeit geweiht und diese vollende vollkommen. Ueberwinde Haß und Jähzorn.
8. Erfülle die dir auferlegten Pflichten freudig und willig.
9. Denke daran, daß Bildung Kraft und Macht ist und trachte, ein nützliches Glied der menschlichen Gesellschaft zu werden.
10. Den Sieg können wir nur durch das Bewußtsein erlangen, daß das, was wir einmütig und solidarisch unternehmen, ein Schritt zum großen Sieg ist, den wir durch die Einmütigkeit der Gedanken und die Kraft des Leibes erkämpfen werden. Wohlan denn, stählen wir Arm und Geist!

Industrielebens für die Ruhr. Die Interessenverbände der heimischen Industrie haben beschlossen, ab 1. Januar 1923 den, solange der Kampf um das Ruhrgebiet dauert, 1 Prozent der Lohnsumme pro Monat zur Unterstützung der Rheinischen Ruhrhilfe abzuführen. Für Monat Januar wurde die Summe auf 70 Millionen Mark geschätzt. — Wir sind überzeugt, daß die Fabrikanten ihre Aufgabe leichter tragen können, die Arbeiterchaft ihren Stundenlohn.

Firma Porzellanfabrik Thomas & Co., A.-G., München. Die Generalversammlung der genannten Firma bestimmte, Prozent Dividende zu verteilen und beschloß, das Kapital in 12 auf 15 Millionen Mark zu erhöhen. Der Gesellschaft gehört auch das Werk in Sophienthal b. Bayreuth, wo unseren Damen und Kolleginnen mit Hilfe eines Regierungsvertreters gemietet wurde, zu der Novemberferien ihre Arbeitskraft verkaufen. Aus dieser Verteilung ist zu ersehen, daß trotz spielerischer Bauten ein Werkchen mit einem Brennofen — der seit Ende 1922 fertiggestellt worden — Gewinn abgeben kann.

Aus unserem Beruf.

Mannheim. Bei der Firma Sterner in Mannheim herrscht zurzeit sehr unangenehme Verhältnisse. Seit 6 Wochen steht für Dreher und Steher Kurzarbeit (24 Std. wöchentlich). Dieser Zustand ist für die verheirateten Dreher in der heutigen deren Zeit unerträglich. Jeder Lohnausfall muß heute im en wie im neuen befestigten Gebiet ersetzt werden; Sterner nicht das nicht. Er erklärte einfach: „Die Kommission war nicht da, und so bezahle ich nichts.“ Mit seinem Arbeitsmangel sieht es auch anders aus, wie er seinen Arbeitern vorgemacht hat. Hat er doch seinen Dräger erklärt: „Ich möchte alle vierzehn Tage jünger sein; denn vor Jahren war es eine Lust für so manchen Unternehmer, Arbeit zu leisten.“ Sterner schamlos und waltete, wie sie den schnell brauchen. Sterner erlaubt sich in letzter Zeit viel seinen Arbeitern gegenüber. Es vergeht kein Tag, dem er seine gute Sprache wirft und seine Arbeiter schimpft. Bei jeder Gelegenheit kann man hören: „Ihr Damen alle heißen. Nur der Besonnenheit der dortigen Arbeiter hat Herr Sterner es zu danken, daß er für seine ausbleibenden Beschäftigten noch nicht entsprechend belohnt wurde. Einem Kriegsbeschädigten (den er beschäftigt muß) geht es auch nicht zum besten. Vor Horn, weil dieser arme Teufel

nicht arbeiten kann, wie es Herr Sterner gern hätte, schrieb er: „Wenn sie ihn doch gleich ganz totgeschossen hätten.“ Dieser ist für Sterner kein richtiges Ausbeutungsojekt mehr. Die dortige Belegschaft tut gut, fest zu ihrer Organisation zu stehen; dann kann Sterner die Belehrung durch die Belegschaft erhalten, die er sehr nötig braucht.

Die Zeiten sind ernst! Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 8. bis 14. April ist der 15. Beitrag fällig.

Versammlungsberichte.

Athalbensleben. Die Zahlstellenversammlung vom 12. März erbat das Ansehen der verstorbenen Kollegen Friedrich Böde und Wils. Schulze. Unter Geschäftlichem verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Betriebsvorsitzenden der Mitteldeutschen Steingutfabrik. Es soll dem Hauptvorstand mitgeteilt werden. Beim Kartellbericht erwähnt die Kollegin Bode, daß der Regierungspräsident auf die Eingabe vom Kartell geantwortet hat, daß der Kanalbau beschleunigt werden soll. Ebenfalls hat das Kartell beschlossen, daß am 1. Mai die Arbeit ruht. Der Kartellbeitrag ist auf 30 Mk. für das 1. Vierteljahr erhöht. Ebenfalls ist die Unterstützung der Kartell-Esterbefälle ohne höhere Beitragszahlung erhöht, und zwar bis 1/2 Jahr 35 000 Mk., 2 Jahre 55 000 Mk., 4 Jahre 75 000 Mk., 6 Jahre 100 000 Mk. Für die Bildung einer Arbeiterkammerorganisation soll in den Betrieben eine Liste zirkulieren, um zu sehen, wieviel Kollegen gewillt sind, der Kolonne beizutreten. Kollege Aug. Jöller gibt dann aus der Sammelliste für Erwerbslose bekannt, daß insgesamt 94 110 Mk. gespendet wurden, bescheiden für die Sammelliste der Ruhrhilfe 285 920 Mk. Im Punkt 3, Anträge und Beschwerden, bemängelt Kollege G. Schmidt die niedrigen Unterstützungsätze unseres Verbandes. Er stellt den Antrag, daß unsere Verwaltung sich mit den Verwaltungen von Magdeburg und Neuhaldensleben in Verbindung setzt, eine Sitzung einberuft, in welcher die Unterstützungsfrage besprochen wird. Der Antrag fand einstimmige Annahme. Kollege Herm. Bilz betonte, daß der Hauptvorstand es wissen mußte, daß die Krankenunterstützung der Zeit entsprechend geregelt werden müßte. Kollege F. Kaufmann stellt dann einen Vergleich, was

ber Verband vor dem Krieg an Unterstützung geleistet hat und was er jetzt leistet. Deshalb haben wir auch diese vielen Mitglieder, die dem Kassierer und den Unterkassierern die Arbeit erschweren. Kollege K. Wenig brachte zum Vorschlag, daß der Hauptvorstand eine Lohnumstellung erzielt; denn hauptsächlich macht sich der Unwille wegen der Beitragszahlung bei den schlechter entlohnten Branchen geltend. Ein Antrag Wenig, welcher Zustimmung findet, lautet dahin, daß die Verwaltung von Zeit zu Zeit dazu kommt, für die Krankenunterstützung Zuschüsse aus der Lokalkasse zu bewilligen. Unterstützt soll jedes Mitglied werden, je nach Bedürftigkeit. Ein Antrag des Kollegen K. Krawow, für Aufrufe 1000 Mk. zu zeichnen, wird abgelehnt, dagegen der Antrag G. Schmidt mit 300 Mk. angenommen. Der Kassierer Aug. Jöller hat eine Beschwerde über verschiedene Mitglieder, welche sich weigern, ihren Wochenbeitrag zu bezahlen. Der Vorsitzende ersucht, die säumigen Mitglieder nochmals schriftlich aufzufordern, anderenfalls der Hauptvorstand davon in Kenntnis gesetzt wird. R. B.

Zimmermann. Die am 20. März hier stattgefundene Zahlstellenversammlung befahte sich u. a. auch mit den gescheiterten Lohnverhandlungen. Die Kollegen sind empört über die Handlungsweise der Arbeitgeber. Sie erachten deren Vorgehen als einen Vorstoß, der die Arbeiter in ihrem Lebensnerv trifft. Die Arbeiterchaft kann einen Preisrückgang der nötigen Bedarfsartikel nicht anerkennen und protestiert ganz energisch gegen die arbeitereindliche Handlungsweise der Unternehmer. Die Arbeiterchaft ist nicht gewillt, ihren Lohn zu senken, sondern will den Kampf mit den stärksten Mitteln durchkämpfen.

Königsplatz. In der gutbesuchten Zahlstellenversammlung vom 20. März nahmen die Kollegen und Kolleginnen in ausgiebiger Weise Stellung zu der durch das gescheiterte Lohnabkommen geschaffenen Lage. Die gesamte Belegschaft verwarf sich ganz entschieden gegen die durch die Unternehmer geforderte Lohnumstellung und erblickt darin eine Maßnahme, die gute Einvernehmen der einzelnen Belegschaften zu gefährden. In sehr reger Aussprache wurde betont, daß die Unternehmer sehr wenig, ja gar kein Verständnis für die Notlage der Belegschaften zeigen, sondern mit allen Mitteln versuchen, nur recht große Gewinne aus dem Produktionsprozess herauszuschinden. Aus der Versammlung heraus wurde der Antrag gestellt, sofort bei der Direktion Lohnverhandlungen einzuleiten. Gefordert wurde einstimmig eine Lohnerhöhung von 35 Proz auf den Effektivlohn ab 12. März 1923. Die Versammlung heißt den Standpunkt der Verhandlungskommission gut, ersucht aber gleichzeitig den Hauptvorstand, keine Möglichkeit außer acht zu lassen (Reichsarbeitsministerium), um auf zentraler Grundlage wieder an geregelten Lohnverhältnissen zu kommen.

Diesbach. In der sehr schlecht besuchten Versammlung wurden nach Erlaubnis der örtlichen Angelegenheiten die fort-

